

Karl Marx' Kritik des steuernden Staats

„Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem categorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektirten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!“¹

I. Einleitung

Dass Karl Marx (1818-1883) die Steuern in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* – so der Untertitel seines Hauptwerks *Das Kapital* – eher am Rande behandelt hat, steht im Gegensatz zu der großen Bedeutung, welche die von ihm kritisierte Disziplin diesem Phänomen beigemessen hatte. Für die politische Ökonomie stellte sich die Frage der Besteuerung als zentral, was bereits die Titel der klassischen Abhandlungen über die Quellen des Reichtums der Nationen offenbaren: Von William Petrys *A Treatise of Taxes and Contributions* (1679) über David Ricardos *On the Principles of Political Economy, and Taxation* (1817) bis zu David Buchanans *Inquiry into the Taxation and Commercial Policy of Great Britain* (1844) – es war ein geschichtliches Novum, dass sich eine ganze Wissenschaft beinahe obsessiv mit den Steuern zu beschäftigen begann. „There are no taxes which have not a tendency to impede accumulation“, lautete Ricardos eisernes Diktum, was ihn nicht davon abhielt, sondern gerade dazu aufforderte, rund ein Drittel seiner *Principles* dem „great evil of taxation“² zu widmen, um diejenigen Steuern auszumachen, die das Kapital am geringsten belasten würden. Und an dem theoretischen Werk des Ökonomen Henry Charles Carey bemängelte auch Marx, dass es fast nur Steuern zum Gegenstand habe.³

Ihre umfangreichen Abhandlungen zur Steuerfrage verweisen auf die Sorge der politischen Ökonomie, wie das „Öffentliche“ und das „Private“ auf angemessene Weise miteinander zu vermitteln seien, wobei die Steuer als Schnittstelle dieser bei-

1 Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie [1843/44], MEGA I/2, S. 177 – Hervorh. im Orig.

2 Ricardo, *On the Principles of Political Economy, and Taxation*, S. 189.

3 Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863), MEGA II/3, S. 818.

den Sphären der geeignete Gegenstand zur Lösung ihrer Probleme schien: Welcher Reichtum kann besteuert werden? Auf wen fallen die Steuern? Welche Steuern sind vernünftig, welche Gesetzgebung begünstigt eine rationale Steuerordnung? Vor allem aber: Welche Steuern sind dem Wirtschaftsleben zuträglich und welche schaden ihm? Das Auseinanderfallen der bürgerlichen Gesellschaft in die Sphären „Politik“ und „Ökonomie“, öffentlich und privat, haben die Klassiker jedoch nicht in Frage gestellt, und folglich auch nicht problematisiert, warum es überhaupt Steuern gibt und welche Funktion ihnen in der Moderne zukommt. So ist für Marx' Kritik der politischen Ökonomie die Frage nach der Steuer nicht die allerdringlichste, da zunächst grundsätzlichere Dinge geklärt werden müssten: Welche gesellschaftlichen Verhältnisse bringen den Gegensatz Politik-Ökonomie hervor? Was sind die Existenzbedingungen des (besteuernden) Staats?

Marx' Antworten auf diese Fragen und seine Bestimmungen der Steuern in seiner in Werken wie *Grundrisse* (1857) und *Das Kapital* (1867) entwickelten Kritik der politischen Ökonomie werden im dritten Teil des vorliegenden Artikels dargelegt. Im vierten Abschnitt werden Marx' Bemerkungen über die Rolle des Staats und seiner Finanzen in den Wirtschaftskrisen 1847 und 1857 untersucht, bevor im fünften Teil weiterführend überlegt wird, was Marx' Analyse der langfristigen Entwicklungstendenz des Kapitals für den Steuerstaat bedeuten könnte. Zunächst wird im zweiten Abschnitt die Rolle der Steuer in Marx' historischen und politischen Schriften herausgestellt.

II. Der Steuerstaat als Terrain des Klassenkampfes

„Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformen. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern.“⁴

Auch wenn die Steuern im Marx'schen *Kapital* nicht besonders exponiert auftreten, bedeutet dies nicht, dass Marx sie als „nebensächlich“ erachtet hätte, wie ihm prominent Fritz Karl Mann vorgeworfen hat.⁵ Sein im *Kapital* durchgeführtes Vorhaben, die kapitalistische Produktionsweise in ihrem „idealen Durchschnitt“ (Marx) zu untersuchen und den inneren Zusammenhang ihrer grundlegenden Kategorien und Dynamiken als sich logisch entfaltend darzustellen, schließt nicht aus, an anderer Stelle bei der konkreten Analyse der realen gesellschaftlichen Verhältnisse das Steuersystem als wirkmächtigen politischen Hebel auszumachen. Im Gegenteil: Marx, ab 1849 im Londoner Exil, hat vor allem in seinen journalistischen Arbeiten für die

4 Marx/Engels, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 294.

5 Mann, Steuerpolitische Ideale, S. 284.

New-York Daily Tribune das wirkliche Funktionieren des britischen Staats sehr genau beobachtet.⁶

Hier begreift Marx den liberalen „Steuerstaat“ (ein Begriff, den er übrigens nie verwendet hat) des 19. Jahrhunderts als Resultat von Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse, zwischen Grundbesitzern und Industriellen, die auch auf dem Feld der Besteuerungsarten ausgetragen wurden. Mit der Herausbildung des liberalen Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts (als Nachfolger des agrarischen Kapitalismus) habe die Bourgeoisie laut Marx eine bestimmte Ausprägung des Steuerstaats durchgesetzt, die sich um die Achse Freihandel (statt zollorientiertem Protektionismus) und direkte Steuern auf Einkommen wie Grundrente, Profit und Lohn (statt indirekte Steuern auf Waren) drehte:⁷

„[W]ith the modern division of labor, the system of Great Industry, and the direct dependence of the home trade upon the foreign trade and the market of the world, the system of indirect taxation comes into a twofold conflict with the social wants. On the frontiers it becomes identical with protective duties, and disturbs or prevents the free intercourse with other countries. In the interior it is identical with fiscal interference in production—unsettles the relative value of commodities, and disturbs free competition and exchange. From both these reasons its abolition becomes a necessity. The system of direct taxation must be returned to.“⁸

Der Zoll, wie die Akzise eine „indirekte Steuer“ (so die damalige Nomenklatur), besteuert den Handel mit ausgewählten Waren, und erhöht somit den Preis dieser Waren, ohne ihren Wert zu heben. Eine heftig umstrittene Steuer zu Marx' Tagen waren die agrarprotektionistischen *Corn Laws*, die sogenannte „Brottaxe“, eine Reihe seit dem 15. Jahrhundert erlassener Gesetze, die als Schutzzölle für britisches Getreide fungierten. Weil die *Corn Laws* wie eine Lohnsteuer wirkten, votierte eine ganze Generation von liberalen Reformern – inspiriert von David Ricardo, der in seinem *Essay on the Influence of a Low Price of Corn on the Profits of Stock* (1815) nachwies, dass eine Verbilligung der Nahrungsmittel ein Absenken der Löhne und damit höhere Profite ermögliche – für die Abschaffung von Zöllen auf Getreide, die schließlich mit dem *Importation Act* 1846 auch erfolgte. Das Zollsystem für Weizen

6 Da seine Korrespondententätigkeit für die *Tribune* in diese Periode fällt, hat Marx so gut wie jede parlamentarische Debatte um den britischen Haushalt der 1850er Jahre kommentiert: 1852/53 (MEGA I/11, S. 443ff.), 1853/54 (MEGA I/12, S. 119), 1854/55 (MEGA I/13, S. 100ff.), 1856/57 (MEW 12, S. 129ff.), 1858/59 (MEW 12, S. 446), 1860 (MEGA I/18, S. 389), mit Frankreich verglichen (ebd., S. 528ff.), dabei die Vor- und Nachteile einzelner Steuern sowie die Reformversuche des Steuersystems diskutiert, im Geiste der politischen Ökonomie untersucht, auf wen die Steuern fallen, welche Klassen sie begünstigen, und nicht zuletzt nach hieran anschließenden strategischen und taktischen Möglichkeiten proletarischen Klassenkampfes gesucht.

7 Die unter Robert Peel 1842 eingeführte Einkommenssteuer besteuert Einkommen aus fünf „schedules“: „A Land, &c.“, „B Farming stock“, „C Funds“, „D Trades, professions, &c.“, „E Pensions, &c.“.

8 *Marx*, Parliament—Vote of November 26—Disraeli's Budget [1852], MEGA I/11, S. 447f.

galt als Privileg der Grundbesitzer und war für das industrielle Bedürfnis, möglichst billige Nahrung für die lohnarbeitende, von den Subsistenzmitteln getrennte Stadtbewölkerung bereitzustellen, unbefriedigend. Vier Jahre zuvor beschloss dieselbe Regierung unter Robert Peel die Wiedereinführung der direkten Einkommenssteuer mit dem *Income Tax Act* – die erste Einführung einer Einkommenssteuer zu Friedenszeiten (bis dahin war eine solche Erhebung in Großbritannien nur zur Finanzierung von Kriegen üblich).

Marx sah im mit den Gesetzen von 1842 und 1846 herbeigeführten Übergang von der indirekten zur direkten Besteuerung den Übergang vom agrarischen zum industriellen Kapitalismus staatlich zusammengefasst und schrieb hierin zunächst der Bourgeoisie eine revolutionäre Rolle bei der Durchsetzung der bürgerlichen gegen die aristokratische Feudalgesellschaft zu: „Free Trade drives toward the system of direct taxation; the system of direct taxation involves revolutionary measures against the Church, Landlords and Fund-holders“.⁹ Als Marx im Laufe der 1850er Jahre während seiner Beobachtung des Gerangels um die britischen Staatsfinanzen eine Bourgeoisie sah, welche die direkte Besteuerung nicht konsequent durchsetzte, änderte er diese Einschätzung und klagte über die „Mattheit der britischen Bourgeoisie und ihre Sehnsucht nach Kompromissen mit den Oligarchen“,¹⁰ als der britische Premierminister Benjamin Disraeli 1857 eine Verringerung der Einkommenssteuer beschloss.

Damit war für Marx die Frage aufgeworfen, ob eine Steuerreform auch in einer proletarischen Revolution eingesetzt werden könnte. Marx hat in der Frühphase seines politischen Engagements selbst steuerpolitische Forderungen gestellt, von denen zwei hervorstechen. Vor seiner Exilierung nach London war er Teilnehmer der auf eine Wirtschaftskrise folgenden Revolution von 1848. Er hing damals einem umständlichen, im *Manifest der kommunistischen Partei* (1847/48) formulierten, tendenziell geschichtsphilosophischen Phasenmodell an, das den Kommunisten in den rückständigen Ländern des europäischen Kontinents die Aufgabe aufbürdete, zunächst eine bürgerliche Revolution zu unterstützen, in deren Folge erst die gesellschaftliche Modernisierung und Industrialisierung die revolutionäre Kraft, das Proletariat, erzeugen würde, das durch seine besondere soziale Lage eine kommunistische Gesellschaft herbeiführen könnte.

Diese Perspektive hatte handfeste politische Konsequenzen. Als am 1. November 1848 der preußische König das reaktionäre Kabinett unter Ministerpräsident Friedrich Wilhelm von Brandenburg ernannte, und die preußische Nationalversammlung dem lediglich mit „passivem Widerstand“ begegnete, rief Marx in der von ihm im Revolutionsjahr 1848 mitbegründeten und als Chefredakteur betreuten *Neuen Rheinischen Zeitung* (mit „Organ der Demokratie“ untertitelt) mehrmals „alle demokrati-

9 Ebd., S. 448.

10 Marx, Das neue englische Budget [1857], MEW 12, S. 132.

schen Vereine der Rheinprovinz“ auf, die Bevölkerung zum Steuerstreik zu bewegen: „Von dem heutigen Tage an sind also die Steuern aufgehoben! Die Steuereinzahlung ist Hochverrat, die Steuerverweigerung erste Pflicht des Bürgers!“¹¹ Marx engagierte sich in dieser Frage einige Monate und sah in der Aufkündigung des Fiskalpakts zwischen bürgerlicher Gesellschaft und absolutistischem Staat einen aussichtsreichen Versuch der Neubelebung der im Scheitern begriffenen politischen Revolution. Als politisches Mittel im Klassenkampf gegen den zurückgebliebenen, verfassungslosen, christlichen „Nichtstaat“ (Marx) Preußen gerichtet, stellte Marx den Steuerboykott in Kontinuität mit zwei anderen großen bürgerlichen Revolutionen: „Die englische Revolution, die Karl I. auf das Schafott brachte, begann mit der Steuerverweigerung. Die nordamerikanische Revolution, welche mit der Unabhängigkeitserklärung Nordamerikas von England endete, begann mit der Steuerverweigerung.“¹²

Als Gegner indirekter Steuern – diese seien rückständig, undurchsichtig, verwirrten die Wertverhältnisse, behinderten den globalen Warenverkehr, erforderten eine kostspielige Steuerverwaltung und belasteten direkt den Konsum der Lohnabhängigen –, ließ Marx außerdem bis Mitte der 1850er Jahre immer wieder die Idee anklingen, während einer Ausweitung des Klassenkampfes, der nun vor allem zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ ausgetragen würde, das Steuersystem des liberalen Staats als Ausgangspunkt für eine Bewegung zur Aufhebung des Kapitals zu nutzen. „From progressive taxation you tumble directly into a very trenchant sort of Socialism“,¹³ hatte Marx 1853 noch steueroptimistisch angenommen und befand sich damit auf Linie der im *Manifest der kommunistischen Partei* ausgearbeiteten Strategie, als „erste Schritte in der Arbeiterrevolution [...] die Erkämpfung der Demokratie“ anzustreben, wozu zehn zwar „ökonomisch unzureichend[e] und unhaltbar[e]“, aber „zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich[e]“ Mittel vorgeschlagen wurden, unter denen sich auffällig an zweiter Stelle platziert eine „[s]tarke Progressivsteuer“ befindet.¹⁴ Kurz nach Veröffentlichung des *Manifests* forderten Marx und Co. auf einem Flugblatt des *Bundes der Kommunisten* an fünfzehnter Stelle die „Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern“.¹⁵ Entsprachen indirekte Steuern dem agrarischen und die direkte Einkommens-

11 *Ders.*, Keine Steuern mehr!!! [1848], MEW 6, S. 30. Bereits 1846 empfahlen Marx und Engels ihren Wuppertaler Genossen: „Wenn Ihr keine Arbeiterpetition mit mindestens 500 Unterschriften zustande bringen könnt, so petitioniert lieber, wie die Bourgeois in Trier tun wollen, für progressive Vermögenssteuer“ (*Marx/Engels*, [Brief des Brüsseler kommunistischen Korrespondenz-Komitees an G. A. Kötting], MEW 4, S. 21f.).

12 *Marx*, Der Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten [1849], MEW 6, S. 255.

13 *Ders.*, Riot at Constantinople—German Table Moving—The Budget [1853], MEGA I/12, S. 124.

14 *Ders./Engels*, Manifest der kommunistischen Partei [1848/49], MEW 4, S. 481.

15 *Ders. u. a.*, Forderungen der kommunistischen Parthei in Deutschland [1848], MEGA I/7, S. 26.

steuer dem industriellen Kapitalismus, verknüpfte Marx eine Zeitlang im Sinne seines Phasenmodells die progressive Einkommenssteuer mit einer frühen Phase des Kommunismus – als Moment einer noch unreifen kommunistischen Bewegung, die mithilfe dieser Steuer politische Macht über das Kapital erlangen könnte.

Überdies hat Marx nichtprogressive Steuern schlicht als ungerecht erachtet, und dies am detailliertesten am Beispiel des „abominable system of taxation“¹⁶ der britischen Kolonialverwaltung in Indien beschrieben, das vornehmlich indischen Bauern direkte Steuern auf Bodenerzeugnisse – oft unter Einsatz von Folter – abzwang. „Man müßte fragen, ob von einem Menschen, der, sagen wir, 12 Cents am Tag verdient, *mit Recht* erwartet werden kann, daß er ebenso leicht 1 Cent zahlt, wie ein anderer, der 12 Dollar pro Tag verdient, 1 Dollar zahlt? Beide würden dem Verhältnis nach den gleichen Anteil ihres Einkommens aufbringen, doch würde die Steuer in völlig unterschiedlichen Proportionen auf ihre jeweiligen Bedürfnisse einwirken.“¹⁷ Wäre somit die Progressivsteuer gar eine Keimform des kommunistischen Prinzips „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (Marx), in der zumindest der erste Teil dieses Grundsatzes schon angelegt ist? Dies hat der junge Friedrich Engels offen ausgesprochen, indem er eine „allgemeine, progressive Kapitalsteuer“ als einen Besteuerungsmodus charakterisierte, der sich „nach der Fähigkeit eines jeden zur Steuerzahlung“ richte und deshalb „die Last der öffentlichen Verwaltung *von einem jeden nach seiner Fähigkeit* getragen werden und nicht mehr, wie bisher in allen Ländern, hauptsächlich auf die Schultern derer fallen [würde], die am wenigsten imstande sind, sie zu erschwingen“.¹⁸ Engels hatte sich von der Progressivsteuer offenbar Großes versprochen und „das Prinzip der Besteuerung“ sogar für „ein rein kommunistisches“¹⁹ erklärt. In dem von Engels verfassten, schließlich abgelehnten Entwurf des *Manifests* stand die Forderung nach einer Progressiv- sowie einer Erbschaftssteuer dementsprechend noch an erster Stelle.²⁰

Marx schwebten derartige fiskalpolitische Maßnahmen nicht als Bestandteile einer neuen Form der Reichumsproduktion vor, er sah in ihnen *eine* Waffe im Arsenal einer Transformationsbewegung mit dem Ziel einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft: „In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigenthum dienen; aber selbst dann muß sie zu neuen, revolutionären Maßregeln weiter treiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen.“²¹ Über die Steuern hinaus also, oder Rückfall in bürgerliche Verhältnisse. So warnte er bereits angesichts der spani-

16 Ders., The Turkish War Question—The New-York Tribune in the House of Commons—The Government of India [1853], MEGA I/12, S. 214.

17 Ders., Die Steuern in Indien [1858], MEW 12, S. 514 – meine Hervorh., T.G.

18 Engels, Zwei Reden in Elbersfeld [1845], MEW 2, S. 548 – meine Hervorh., T.G.

19 Ebd.

20 Siehe Engels, Grundsätze des Kommunismus [1847], MEW 4, S. 373.

21 Marx/Engels, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 295.

schen Revolution von 1853 vor einer Gefahr, vor der bislang noch jede links sich wählende „Volksregierung“ kapitulieren musste:

„This is the *cercle vicieux* in which abortive revolutionary governments are condemned to move. They recognize the debts contracted by their counterrevolutionary predecessors as national obligations. In order to be able to pay them they must continue their old taxes and contract new debts. To be able to contract new loans they must give guaranties of ‘order,’ that is, take counter-revolutionary measures themselves. Thus the new popular Government is at once transformed into the hand-maid of the great capitalists, and an oppressor of the people.“²²

Trotz der eigenen²³ wie historischen²⁴ Erfahrung, dass die Steuer eine besondere Form der Ausbeutung ist, und trotz des Vorschlags, sie als „ökonomisch unzureichendes“ und dennoch „unvermeidbares“ Mittel einer kommunistischen Bewegung einzusetzen, hat Marx immer wieder solche Sozialisten kritisiert, die einen steuerorientierten Weg in die postkapitalistische Gesellschaft einschlagen wollten. Zunächst ist hier Pierre-Joseph Proudhon, Marx’ Lieblingsgegner im vermeintlich eigenen Lager, zu nennen, der in den 1840er Jahren Steuern zwar zu der „großen Familie von Vorbeugungs-, Zwangs-, Straf- und Racheinrichtungen“ zählte, „die Adam Smith unter dem allgemeinen Namen der Polizei bezeichnete“,²⁵ sie aber gleichzeitig für ein passables Reforminstrument zur Auflösung der Monopole hielt, weshalb Marx ihm vorwarf, die kategorialen Zusammenhänge der bürgerlichen Produktionsweise auf willkürliche Weise zu rekonstruieren. Außerdem, so Marx, sei die Bourgeoisie nicht mit den Steuern anzugreifen, würde sie ihre Herrschaft doch gerade über das Steuersystem konstituieren.²⁶ Hielt der Zins- und Konsumkritiker Proudhon die Progressivsteuer für ungerecht und heuchlerisch und liebäugelte stattdessen mit der Beibehaltung der Verbrauchssteuern auf Salz, Tabak und Wein,²⁷ geißelte Marx die Weinststeuer wiederum als eine „umgekehrte Progressivsteuer“,²⁸ welche die Lebensbedingungen des Proletariats unmittelbar verschlechtere.

22 Marx, The Reaction in Spain [1853], MEGA I/13, S. 478 – Hervorh. im Orig.

23 „By the by, der englische Staat scheint hardpressed for money. Wenigstens waren die taxgatherers diesen month dringender als je u. haben mich unerwartet ‚erleichtert‘.“ (Marx, Brief an Engels, 19. August 1865, MEGA III/13, S. 529). „Du kannst Dir denken, wie gelegen die £10 kamen. Ich hatte zwei Exekutionsdrohungen im Haus, für die Sau-Municipaltaxes von 6£ 9s. und für die Queen’s Taxes von 1£. 16s“ (Marx, Brief an Engels, 20. Februar 1866).

24 Vor allem in Frankreich kam es immer wieder zu sozialen Revolten der Landbevölkerung wegen zu hoher Salz- und Weinsteuern durch „das alte gehässige französische Steuersystem“ (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte [1852], MEGA I/11, S. 134). „Der französische Bauer, wenn er sich den Teufel an die Wand malt, malt ihn unter der Gestalt des Steuerexecutors“ (Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 [1850], MEGA I/10, S. 184).

25 Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 269.

26 Siehe Marx, Das Elend der Philosophie [1847], MEW 4, S. 133, 164f.

27 Siehe Proudhon, Philosophie der Staatsökonomie, S. 282, 292f.

28 Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 [1850], MEGA I/10, S. 184f.

Der von Marx einigermaßen geschätzte *Popular Political Economist* John Francis Bray, der eine linksricardianische Fassung der Arbeitswerttheorie vertrat, wonach der gesamte Reichtum von den arbeitenden Klassen produziert sei (und ihr daher auch gehören solle), und die „unproduktiven“ Kapitalisten somit auch gar keine Steuern zahlen würden, sprach sich ebenfalls gegen eine Steuerreform aus: „die productiven Klassen allein zahlen den ganzen Betrag [...] Eine Einkommen- od. Eigentumstaxe wird nie wirklich die Klasse der Kapitalisten um einen Pfennig ärmer, noch die Arbeiterklasse um einen Pfennig reicher machen“.²⁹ Solange die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen, die die Ungleichheit hervorriefen, nicht abgeschafft würden, rieb Marx, Bray zitierend, Proudhon unter die Nase, „werden die Produzenten stets so arm, so unwissend, so überarbeitet sein, wie sie es heute sind, selbst wenn man alle *Abgaben, alle Steuern abschaffen würde*“.³⁰

Die detaillierteste Auseinandersetzung mit einem steuerreformerischen Sozialismus ist die gemeinsam mit Engels verfasste Rezension von Émile de Girardins *Le socialisme et l'impôt* (1850), in dem Girardin vorschlug, alle Steuern abzuschaffen, um dem Staat die Existenzgrundlage zu entziehen. Die Steuern sollten durch eine „Assekuranzprämie“ ersetzt werden, die nicht auf Zwang, sondern auf Freiwilligkeit basiere. Grundlage von Girardins Plänen, den Staat zu beseitigen und ihn durch eine Art Versicherung gegen die Risiken des Geschäftslebens zu ersetzen, ist seine Annahme, der Staat wäre das Grundübel, ohne ihn die Verhältnisse harmonisch.³¹ Marx kritisierte Girardin, über keine Vorstellung des Zusammenhangs zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu verfügen. Doch „die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus.“³² Da Girardins Assekuranzgesellschaft verdächtig dem bürgerlichen Staat ähnelte, schlussfolgerten Marx und Engels, dass die Abschaffung der Steuern und des Staats ohne gleichzeitige Abschaffung der sie logisch begleitenden Produktionsweise ein vergebliches Unterfangen wäre.

Wie angedeutet, ist Marx von der Forderung nach einer progressiven Einkommenssteuer als politisches Mittel im proletarischen Klassenkampf im Laufe seines

29 So übersetzte Marx in seinen 1845 angefertigten Exzerpten aus Brays *Labour's Wrongs and Labour's Remedy*“ (MEGA IV/5, S. 24). Zum Verhältnis der beiden, siehe *Graßmann*, Marx in Manchester.

30 Marx, Das Elend der Philosophie [1847], MEW 4, S. 101 – Hervorh. im Orig.

31 Dass laut Marx „die Franzosen [...] für das Steuersystem das eigentlich historische Volk“ (*Marx/Engels*, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 292) seien, da das moderne Steuersystem zum ersten Mal in Frankreich ausgebildet worden sei (siehe Marx, Das Kapital, Bd. I [1872], MEGA II/6, S. 674), könnte erklären, dass auch die meisten steuerzentrierten „Sozialismen“ französische waren und immer noch sind. Man denke an die *Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne* (Attac) oder an Thomas Piketty.

32 Marx/Engels, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 294f.

Schaffens etwas abgerückt. Er hat sie zumindest nach 1853 nicht wiederholt, obwohl er mindestens drei Mal die Gelegenheit dazu gehabt hätte. Schon in den *New-York Daily Tribune*-Artikeln des Jahres 1858 zum britischen Staatsbudget und zum indischen Steuersystem hat Marx die progressive Einkommenssteuer zwar für gerecht erklärt, sie aber nicht mehr als Ausgangspunkt einer sozialistischen Bewegung vorgeschlagen. Auch in seinen Pamphleten für die Internationale Arbeiterassoziation ist die Besteuerung auf der Agenda weiter nach hinten gerückt. Erst an siebter Stelle einer Programmschrift heißt es 1867: „No modification of the form of taxation can produce any important change in the relations of labour and capital. [...] Nevertheless, having to choose between two systems of taxation, we recommend the *total abolition of indirect taxes*, and the *general substitution of direct taxes*.“³³ Die Abschaffung der indirekten Steuern begründete Marx hier nicht mit dem Aufbau eines Arbeiterstaats, sondern mit der Intransparenz der indirekten Steuer. Schließlich wies Marx 1875 das *Gothaer Programm* der SAPD (ab 1890 SPD) auch deshalb drastisch zurück, weil es eine „einzige progressive Einkommensteuer“ als wirtschaftliche Grundlage eines „freien Staats“ verlangt hatte: „Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. [...] Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommenquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, dass die Financial Reformers von Liverpool [...] dieselbe Forderung stellen wie das Programm.“³⁴

Es ist auffällig, dass vornehmlich der vor-werttheoretische Marx der 1840er bis Mitte der 50er Jahre, der die Grundlagen seiner Kritik der politischen Ökonomie kaum ausgearbeitet hatte, viel über Besteuerung als politisches Instrument sowie den besteuernenden Staat in seiner empirischen Ausprägung nachgedacht hat. In beiden Fällen, in denen Marx den Steuerstaat als Gegenstand seines eigenen politischen Tuns thematisierte, tat er das nicht als isolierte Maßnahme, sondern als Mittel zum Zweck, eine Bewegung am Laufen zu halten bzw. zu entfachen, die in dem einen Fall einen vorbürgerlichen Staat stürzen, in dem anderen über den bürgerlichen Staat hinausgehen sollte. Dass Marx die progressive Einkommenssteuer ab dem Ende der 1850er Jahre nicht mehr explizit als Moment einer kommunistischen Bewegung befürwortet hat, mag drei Gründe haben. Erstens wurde diese im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend verwirklicht, ohne eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse befördert zu haben. Zweitens war ohnehin Engels ihr größerer Befürworter, und Marx' Postulat danach dürfte allzu geschichtsphilosophisch motiviert gewesen sein, da er die progressive Einkommenssteuer als Weiterentwicklung der (im histori-

33 Marx, Instructions for the Delegates of the Provisional General Council. The different questions [1867], MEGA I/20, S. 234 – Hervorh. im Orig. Allerdings hielt Marx 1869 die Forderung einer progressiven Erbschaftssteuer für sinnvoller als die nach einer Abschaffung des Erbrechts (Minutes of the General Council, July 20, 1869, MEGA I/21, S. 678).

34 Ders., Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei [1875], MEGA I/25, S. 23.

schen Liberalismus ausgebildeten) direkten Einkommenssteuer konzipierte. Seine geschichtsphilosophischen Annahmen hat Marx jedoch mehr und mehr aufgegeben und somit auch die revolutionäre Aufladung der direkten Einkommenssteuer unterlassen. Vor allem aber hatte Marx, drittens, zwar schon in seiner Kritik an Proudhon und Girardin entdeckt, dass die Steuer als politisches Reformmittel keine entscheidende Wirkung auf die ökonomischen Verhältnisse erzielen kann, wirklich ausgedehnt und begründet hat er dies aber erst in seiner in den *Grundrissen* und im *Kapital* entwickelten Werttheorie.

III. Die Steuer und der besteuernde Staat in Marx' Kritik der politischen Ökonomie

Wenngleich die Steuern nicht im Zentrum der Marx'schen *Kritik der politischen Ökonomie* stehen, bedeutet dies nicht, dass an dieser Stelle bei Marx eine allzu große Lücke klaffen würde. Für Marx galt es, die Steuer betreffend zwei Zusammenhänge zu bestimmen: zum einen das Verhältnis zwischen Wertform und Steuer; zum anderen das Verhältnis zwischen Warenproduktion und bürgerlichem Staat, also im Gegensatz zu seiner Journalistik nicht nur zu beobachten, wie dieser Staat funktioniert, sondern zu fragen, was der Staat ist, und zu zeigen „[i]n wie fern diese Staatseinflüsse, public debt, taxes etc selbst aus den bürgerlichen Verhältnissen hervorgehen“.³⁵

Marx' *Kapital* beginnt mit der Analyse der Ware als der „ökonomische[n] Zellenform“³⁶ der bürgerlichen Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft zeichnet sich laut Marx dadurch aus, dass die Produktion des Reichtums durch voneinander isolierte und gegeneinander verselbständigte Privatproduzenten erfolgt. Damit ist die gesellschaftliche Reproduktion zunächst nicht gesichert, denn die privat verausgabte Arbeit ist nicht unmittelbar gesellschaftlich. Die Vergesellschaftung der Arbeit und ihrer Produkte erfolgt nicht durch politische Entscheidungen, Bräuche, religiöse Verpflichtungen oder die Vor- und Einsicht der assoziierten Produzenten, sondern blindlings über den Tausch auf dem Markt: Die Arbeitsprodukte nehmen somit die Warenform an. Dass die stofflich völlig verschiedenen Waren überhaupt austauschbar sind, setzt ihre Vergleichbarkeit voraus – sie sind es hinsichtlich des in ihnen vergegenständlichten Werts. Der Wert ist bestimmt durch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware benötigt wird, womit die Anwendung von Arbeitskraft an sich („abstrakte Arbeit“) im Produktionsprozess zur Substanz des Werts wird. Als Vergegenständlichung der Arbeit wirkt der Wert auf die Produktion zurück und fungiert als ihr Regulator. Gezwungen für den Markt zu produzieren, wird das Handeln der Produzenten von ihren eigenen Produkten be-

35 Ders., *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* [1857/58], MEGA II/1, S. 7.

36 Ders., *Das Kapital*, Bd. I [1867], MEGA II/5, S. 12.

stimmt, und der Wert erhält eine reale gesellschaftliche Macht, die kein menschlicher oder staatlicher Wille brechen kann. Spätestens sobald der Wert nicht nur als Vermittler der Produktion auftritt, sondern sich als Kapital verselbständigt hat, d.h. um des Wertes und seiner maximalen quantitativen Steigerung („Verwertung“) willen produziert wird, wird die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums unter dem alleinigen Gesichtspunkt der maximalen Auspressung abstrakter Arbeit organisiert.

Kapitalistische Produktion ist somit Produktion für Wert und Mehrwert. Voraussetzung für die Mehrwertproduktion ist die Existenz einer Klasse von Privatproduzenten, die über keinerlei Produktionsmittel verfügt, ergo als einzige Ware ihre Arbeitskraft feilbieten kann. Mehrwert wird durch Abschöpfung unbezahlter Arbeit („Ausbeutung“) erzeugt, im äquivalenten Tausch zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft (d.h. der zu ihrer Reproduktion nötigen Mittel) gegen das Recht auf die Anwendung der Arbeitskraft. Dabei vermag Arbeitskraft mehr Wert zu schaffen als sie Wert ist – eben den Mehrwert. Würde der Wert der Ware Arbeitskraft sinken, stiege bei gleichbleibender Länge des Arbeitstages der Mehrwert. Genau an der Stelle, an der Marx diesen Zusammenhang entwickelt, taucht im *Kapital* zum ersten Mal das Problem der Steuern auf. Als Marx feststellt, dass die „Zu- oder Abnahme des Mehrwerts [...] stets Folge und nie Grund der entsprechenden Ab- und Zunahme des Werts der Arbeitskraft [ist]“, erinnert er an einen Einwand des Ricardo-Schülers John Ramsay McCulloch:

„Zu diesem [...] Gesetz hat *Mac Culloch* u.A. den abgeschmackten Zusatz gemacht, daß der Mehrwerth ohne Fall im Werth der Arbeitskraft steigen kann durch Abschaffung von Steuern, die der Kapitalist früher zu zahlen hatte. Die Abschaffung solcher Steuern ändert absolut nichts an dem Quantum Mehrwerth, das der industrielle Kapitalist in erster Hand dem Arbeiter auspumpt. Sie ändert nur die Proportion, worin er diesen Mehrwerth in seine eigne Tasche steckt oder mit dritten Personen theilen muß. Sie ändert also nichts an dem Verhältniß zwischen Werth der Arbeitskraft und Mehrwerth.“³⁷

Zahlt ein Unternehmen weniger Steuern, erhöht dies nicht den Mehrwert, sondern nur seinen Anteil daran, wenn es weniger davon an „dritte Personen“, etwa den Staat, abzutreten hat. Als Teil des Mehrwerts stammt die Kapitalsteuer wie dieser aus unbezahlter Arbeit. Bereits früher schrieb Marx:

„Die verschiednen Formen Revenue [...] wie Profit, Zins, Grundrente, u.s.w. (auch Steuern) sind nur verschiedene Bestandtheile, worin sich der Mehrwerth spaltet, sich unter verschiedene Klassen vertheilt. [...] Die Theilungen, die später mit ihm vorgenommen werden mögen, ändern natürlich nichts, weder an seiner Quantität noch Qualität.“³⁸

37 Ebd., S. 422f. – Hervorh. im Orig.

38 Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863), MEGA II/3, S. 140 – In seinen ersten politökonomischen Schriften hatte Marx bei der Bestimmung von Lohnsteuern ganz ähnlich argumentiert: „Würden sämtliche Steuern, die auf der Arbeiterklasse ruhen, radikal abgeschafft, so wäre die notwendige Folge, daß der Arbeitslohn um den ganzen Steuerbetrag, der heutzutage in ihn eingeht, vermindert würde. Entweder würde dadurch der Profit der

Somit verändert eine Steuer – mit Ausnahme der Lohnsteuer, die den Wert der Ware Arbeitskraft erhöht –³⁹ nicht den Wert einer Ware (bestimmt durch die zu ihrer Herstellung nötige gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit), geht aber dennoch „in den Preiß der Waare, auf den sie gelegt, d.h. als ein von ihrem Werthe unabhängiges Element“⁴⁰ ein. Preise sind durch den gesellschaftlichen (oder globalen) Gesamtwert aller produzierten Waren reguliert, aber der Preis einer Ware weicht in der Regel von ihrem Wert ab. Zwar verändert die Besteuerung nicht die globale Gesamtwertmasse, aber sie spielt durchaus eine bedeutende Rolle für das Einzelkapital, das so viel wie möglich des Mehrwerts für sich behalten will, um höhere Investitionen durchführen und seine Marktposition verbessern zu können. Jede Steuer auf das Kapital oder auf die unter seiner Obhut produzierten Waren ist folglich eine Verminderung von dessen Profit (akkumulationsfähiger Mehrwert). Als eine derartige Verwertungsschranke zählt Marx, darin Ricardo nicht unähnlich, die Steuern zu den „Unkosten“⁴¹ der Warenproduktion und sieht in ihnen einen „Abzug der gesellschaftlichen Revenu“.⁴²

Insofern die Steuer die Verteilung des Mehrwerts betrifft, ist sie als eigenständige Kategorie nicht Thema des ersten Bandes des *Kapital*, der laut Untertitel den „Produktionsprozess des Kapitals“ behandelt. Im dritten Band seines Hauptwerks untersucht Marx hingegen ausführlich verschiedene, gegeneinander verselbständigte Verteilungsformen des Mehrwerts wie Profit, Zins und Grundrente – nicht jedoch die Steuern.⁴³ Im Gegensatz zu den drei eben genannten Formen des Mehrwerts, die sich innerhalb der Fraktionen der Kapitalistenklasse verteilen, besteht die Besonderheit der Steuer darin, dass ihr der Staat, an den die Steuer entrichtet wird, logisch

Arbeitgeber unmittelbar in demselben Maß steigen, oder es hätte nur eine Veränderung in der Form der Steuererhebung stattgefunden. Statt daß der Kapitalist im Arbeitslohn heute zugleich die Steuern vorschießt, die der Arbeiter zahlen muß, würde er sie nicht mehr auf diesem Umweg, sondern direkt an den Staat zahlen“ (*Marx*, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral [1847], MEW 4, S. 348). Marx ist hier überhaupt nicht „zweideutig“, wie *Krätker* (Kritik der Staatsfinanzen, S. 87) meint, sondern differenziert zwischen Lohn- und Kapitalsteuern. Wenn die von den Lohnabhängigen zu zahlenden Steuern im Wert der Ware Arbeitskraft enthalten sind, also die Steuer hier nicht aus unbezahlter sondern aus bezahlter Arbeit stammt und eine Erhöhung der Lohnsteuern eine Erhöhung der notwendigen Arbeitszeit und damit des Lohns bedeutete, bleiben diese Steuern für das Kapital ein Abzug vom Mehrwert. Ob der Kapitalist seinen ergatterten Mehrwert direkt an den Staat abtritt oder dies über den „Umweg“ höherer Löhne oder Lohnnebenkosten tut, ändert nichts an dem Wesen, nur an der Verteilung der Steuer. Allerdings hat der Staat über Konsum- und Lohnsteuern sowie Lohnnebenkosten die Möglichkeit, den Wert der Ware Arbeitskraft und somit die Bedingungen ihrer Ausbeutung zu modifizieren, was ein Faktor von höchster politischer Bedeutung ist, wie Marx in seiner Analyse des Kampfs um die *Corn Laws* gezeigt hat.

39 Siehe vorangehende Fußnote.

40 *Marx*, Das Kapital, Bd. 3 (Manuskript 1863-1865), MEGA II/4.2, S. 700.

41 *Ders.*, Das Kapital, Bd. 2 (Manuskript 1868-1870), MEGA II/11, S. 71.

42 *Ders.*, Grundrisse [1857/58], MEGA II/1, S. 431 – Hervorh. im Orig.

43 Lediglich Engels hat in seiner Redaktion des zu Marx' Lebzeiten unveröffentlicht gebliebenen dritten Bandes des *Kapital* an zwei Stellen, an denen Marx von der Spaltung des Mehrwerts in verschiedene Unterformen spricht, das Beispiel der Steuer eingefügt. Siehe *Marx*, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 59 u. 191.

vorausgesetzt ist. Bevor also die „Principles“ der Besteuerung untersucht werden könnten, müsste zunächst dezidiert die besondere Form des kapitalistischen Staats entwickelt werden.⁴⁴ Bekanntlich hat Marx kein Buch über den Staat geschrieben, aber zahlreiche Hinweise über dessen Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft gegeben.

Dass ökonomische Subjekte geregelt und dauerhaft Waren miteinander tauschen können, setzt einen relativ autonomen Dritten voraus, der sanktionsfähig und in der Lage ist, gegenüber den verselbstständigen Privatproduzenten die Rechtsform (Eigentum, Vertrag) zu wahren und die Vertragssubjekte einander zu versichern. Diese außerökonomische Zwangsgewalt ist, verkürzt gesagt, der Staat. Als Garant des Rechts ist der Staat zugleich mit der Befugnis ausgestattet, die Produzenten um eine gewisse Geldsumme oder Warenmasse zu expropriieren, also gegen den Äquivalententausch zu verstoßen, um ihn zu gewährleisten. Genau dies tut der Staat mit der Steuer, der Vermittlung zwischen Recht und Wert. Weil der Staat als Garant des Warentauschs durch das Einziehen von Steuern den Äquivalententausch permanent bricht, sind Steuern ein legitimationsbedürftiges „Ärgernis“, wodurch Spielraum für ideologische und politische Gefechte entsteht.⁴⁵ Im Grunde setzen die politökonomischen Klassiker mit ihren Sorgen, welche Klassen, welche Einkommen, welche Waren zu besteuern seien, erst an dieser Stelle an. Ganz entgegen einem Marx gern zugeschriebenen „Basis-Überbau-Schema“, das politische Formen rein äußerlich als „Projekt“ oder „Ausschuss“ der herrschenden Klasse auf ökonomische reduziert, lässt sich mit ihm die juristisch-politische Sphäre als konstitutiver Bestandteil der kapitalistischen Totalität begreifen.⁴⁶ Der Staat ist kein Gegensatz sondern historische Voraussetzung und logische Begleitung der Warenproduktion, gerade weil er als öffentlicher Zwangsapparat eine besondere Existenz gegenüber der Gesellschaft der privaten Warenproduzenten führt und als außerökonomische Instanz jederzeit gewaltsam in diese eingreifen kann.

Doch als Garant des Rechts und damit des Warentauschs, der von juristisch eigenständigen Subjekten exekutiert wird, ist der Staat selbst auf Steuern angewiesen, d.h. das Vorhandensein steuerbaren Werts ist zugleich die Voraussetzung des bürgerlichen Staats und seines privilegierten Zugriffs darauf:

„Die Steuern sind das Dasein des Staats, ökonomisch ausgedrückt. Beamten und Pfaffen, Soldaten und Balletttänzerinnen, Schulmeister und Polizeischergen, griechische Museen und gotische Türme, Zivilliste und Rangliste – der gemeinschaftliche Samen, worin alle

44 Für eine Übersicht über den „Platz“ des Staats und der Steuern in Marx' Aufbauplänen zur Gliederung seiner Kritik der politischen Ökonomie siehe *Krätker*, Kritik der öffentlichen Finanzen.

45 *Krätker*, Kritik der Staatsfinanzen, S. 53; *Stützle*, Austerität als politisches Projekt, S. 54.

46 Siehe *Läpple*, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen; *Wood*, Die Trennung von Ökonomie und Politik im Kapitalismus.

diese fabelhaften Existenzen embryonisch schlummern, sind die – *Steuern*. [...] Das ökonomische Dasein des Staats sind die *Steuern*.“⁴⁷

Anders als zum Beispiel in feudalen Gesellschaften oder in jenen der „asiatischen Produktionsweise“ (Marx),⁴⁸ in denen die politische und ökonomische Macht in einem Subjekt, dem Fürsten bzw. dem souveränen Grundeigentümer, vereinigt ist, ist der bürgerliche Staat nicht Eigentümer des gesellschaftlichen Reichtums, denn die Mehrwertproduktion und -aneignung findet in der Sphäre der Privatproduktion statt.⁴⁹ Der feudale „Staat“ und die „Staaten“ der asiatischen Produktionsweise waren daher keine Steuerstaaten, sondern eher unmittelbare Eigentümer des gesellschaftlichen Mehrprodukts und das Finanzwesen ein Instrument seiner direkten Aneignung. Die Steuer wie wir sie kennen hat historisch die Revenue aus fürstlichem Eigentum (Domäne, Kammergut, Krongut) als staatliche Haupteinnahmequelle ersetzt.

Unabhängig von ihrer konkreten Verwendung erfüllt die Steuer für den bürgerlichen Staat eine besondere Funktion: Die Grundbedingungen seiner Produktionsweise, nämlich der kapitalistischen, sind paradoxerweise wesentlich erst durch die Steuererhebung gegeben.⁵⁰ Hier befindet sich die zweite Erwähnung der Steuer in Marx' *Kapital*: Die Entstehung des modernen Steuersystems war historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, ein Moment seiner Genesis, der „ursprünglichen Akkumulation“:

47 Marx, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral [1847], MEW 4, S. 348 – Hervorh. im Original.

48 Siehe zum Übergang vom Feudalverbund zum bürgerlichen Steuerstaat *Schumpeter*, Krise des Steuerstaats. Siehe dazu auch den Beitrag von Richard *Sturm* und Rudolf *Dujmovits* in diesem Band. Zum Begriff der „asiatischen Produktionsweise“ bei Marx, einer Verbindung von Gemeindegut und despotischem Staatswesen, siehe *Sumida*, The Breadth and Depth of „the Asiatic Form“.

49 Wenn der Staat Eigentümer eines Unternehmens ist, verhält er sich mehr oder weniger wie ein gewöhnlicher Privatkapitalist. Aber der bürgerliche Staat zeichnet sich gerade dadurch aus, in der Regel nicht als Kapitalist zu fungieren. Siehe *Agnoli*, Staat des Kapitals, S. 79.

50 Der qualitative Unterschied besteht darin, dass die vorkapitalistische Feudalproduktion (durch über ihre Produktionsmittel verfügende und den Produktionsprozess kontrollierende Bauernfamilien) im Gegensatz zur kapitalistischen Warenproduktion auch ohne besteuerten Staat funktioniert. Zur historischen Herausbildung der Steuergewalt und der Verbindung zwischen der Entstehung des modernen Staats und der Entstehung des Geldes, siehe *Gerstenberger*, Die subjektlose Gewalt, S. 341-351; *Le Goff*, Geld im Mittelalter, S. 153; *Reinhard*, Geschichte der Staatsgewalt, S. 309-311, sehr instruktiv auch die Abbildung S. 323. Le Goff etwa verzeichnet eine ansteigende Besteuerung mit der Herausbildung der europäischen Königtümer im 13. Jahrhundert. Da die Funktion des Geldes im Mittelalter nicht die Repräsentation von Wert als Regulator der Produktion war, sondern vor allem in der Deckung des steigenden Ressourcenbedarfs der entstehenden Staaten bestand, diente die Ausweitung der Besteuerung der Finanzierung der höfischen Tätigkeiten (Bedienstete, Verwaltung, Justiz, Festivitäten). Diverse Sondersteuern wurden vor allem zum Zweck der Kriegsführung eingezogen, z.B. die *décime* für die Kreuzzüge, oder in Deutschland 1427 der „gemeine Pfennig“.

„In England werden sie [die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation] Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Theil auf brutalster Gewalt, wie das Kolonialsystem. Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsproceß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Uebergänge abzukürzen.“⁵¹

Schon in seinem Frühwerk hatte Marx dies angenommen und etwa Proudhon entgegengehalten, dass „gerade die Steuern den Zweck haben, den Bourgeois die Mittel zu verschaffen, sich als herrschende Klasse zu behaupten“;⁵² die Steuern seien „das goldene Band [...], womit man die absolute Monarchie erdrosselt“.⁵³ Im *Kapital* wird erläutert, dass der entstehende bürgerliche Staat mit dem Steuersystem über einen Hebel zur Verallgemeinerung der Geldwirtschaft verfügte, wenn er die Steuern seltener in Natural- und verstärkt in Geldform erhoben hat. Denn Steuern in Geldform zu entrichten bedeutet „zahlen“, wie Marx in der Funktionsbestimmung des Geldes als Zahlungsmittel bemerkte.⁵⁴

„Wenn andererseits die Naturalform der Grundrente, in Asien zugleich das Hauptelement der Staatssteuer, dort auf Produktionsverhältnissen beruht, welche sich mit der Unwandelbarkeit von Naturverhältnissen reproduciren, erhält jene Zahlungsform rückwirkend die alte Produktionsform. [...] Zieht der durch Europa aufgefressene auswärtige Handel in Japan die Verwandlung von Naturalrente in Geldrente nach sich, so ist es um seine musterhafte Agrikultur geschehn. Ihre engen ökonomischen Existenzbedingungen werden sich auflösen.“⁵⁵

Marx' Bestimmung des modernen Staats in Beziehung zum Kapital ist eminent für ein adäquates Verständnis desselben. Mit den Steuern als „abgeleiteter Revenueform“ (Marx) ist der Staat zur Verteilung der Früchte der Wertproduktion befähigt, wobei die Steuereinkünfte selbst am Tropf der erfolgreichen Mehrwertproduktion hängen. Daher ist dieser auch als der „Staat des Kapitals“ bezeichnet worden, dessen Absonderung von der Privatproduktion ihn in eine formell unabhängige, aber materiell von dieser abhängige Position versetzt.⁵⁶ Das Staatsagieren muss auf die Gewährleistung der Wertverwertung ausgerichtet sein und ist daher nur bedingt „souverän“. Marx' Werttheorie impliziert somit nicht nur eine Kritik des Staats als seiner Absonderung von der Gesellschaft, sondern insbesondere auch der Voraussetzungen und Grenzen in seiner Form als bürgerlicher Steuerstaat. Alle staatlichen Maßnah-

51 Ders., *Das Kapital*, Bd. 1 [1872], MEGA II/6, S. 674. Vgl. auch MEGA II/5, S. 604.

52 Ders., *Das Elend der Philosophie* [1847], MEW 4, S. 164.

53 Ders., *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral* [1847], MEW 4, S. 349.

54 Ders., *Das Kapital*, Bd. 3 (Manuskript 1863-1865), MEGA II/4.2, S. 536 u. 651.

55 Ders., *Das Kapital*, Bd. 1 [1872], MEGA II/5, S. 96f.

56 Siehe Agnoli, *Der Staat des Kapitals*.

men – juristische, repressive, kultur-, sozial- oder wirtschaftspolitische – beruhen auf der vermittelten Finanzierung durch staatliche Geldabschöpfung.

IV. Der Steuerstaat in der Krise I

Schon in Zeiten durchschnittlicher Prosperität ist die Finanzierung des Staates kein Leichtes, wie der Wirtschaftsjournalist Marx ein Jahrzehnt lang beobachtet hat: Die Einkommen dürfen nicht zu sehr belastet, Klasseninteressen müssen vermittelt, der Haushalt ausgeglichen, die Staatsschuld verringert, Kriege finanziert werden. Diese Angelegenheit vereinfacht sich nicht, wenn in einer Wirtschaftskrise Steuereinnahmen wegbrechen. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf den Staatseingriff und die Staatsfinanzen in der Krise, zunächst in Marx' Schriften über die zyklisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen des 19. Jahrhunderts – Marx hat derer vier (1847, 1857/58, 1866 und 1873) umfangreich studiert und analysiert –, dann in seiner Theorie der historischen Dynamik des Kapitals, die als Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen zum Zusammenhang von Steuern, Staat und Krise dienen soll (Abschnitt V).

Schon als in der Wirtschaftskrise von 1847 diverse Unternehmen bankrottierten und der Staat zu deren Rettung gerufen wurde, konterte Marx, dass die gesellschaftliche Revenue, über die der Staat durch Steuererhebungen zugreift und mit der er den angeschlagenen Firmen unter die Arme greifen soll, ein Abzug vom akkumulationsfähigen Mehrwert der Einzelkapitale ist:

„Erst muß ihm [dem Staat] gegeben werden, damit er gebe. Wer aber soll ihm geben, [...] [d]er untergehende Erwerbszweig, damit er noch schneller untergehe? Oder der aufkommende, damit er schon im Aufkommen verkümmere? [...] Wenn eine europäische Handelskrise ausbricht, so kann der preußische Staat nichts ängstlicher in Betracht ziehen, als wie er den gewohnten Steuerquellen durch Exekution u. dgl. die letzten Wassertropfen abpresse. Der arme preußische Staat! Damit der preußische Staat die Handelskrisen unschädlich mache, müßte er außer der Nationalarbeit noch eine dritte Einnahmequelle in den Wolken besitzen. [...] wenn sich durch Allerhöchste Neujahrswünsche, Wrangelsche Armeebefehle oder Manteuffelsche Ministerialerlasse Geld aus der Erde stampfen ließe“.⁵⁷

Da eine Steuererhöhung der Krisenlösung wenig dienlich ist, greift der Staat in Krisenzeiten kreativ auf andere Finanzierungsformen zurück. Im Zuge der Wirtschaftskrise von 1847 sah sich der preußische Staat in seiner Kreditwürdigkeit gefährdet, weshalb die Regierung eine freiwillige Staatsanleihe mit 5% Zinsen vorschlug, die aber kaum gezeichnet wurde. Als Konsequenz legte die Regierung im Juni 1848 – unmittelbar vor dem oben beschriebenen Marx'schen Engagement in der Steuerver-

57 *Ders.*, Montesquieu LVI. [1849], MEW 6, S. 189f.

weigerungskampagne – eine Zwangsanleihe mit 3,5% Zinsen auf. Die staatliche Zwangsanleihe hatte der preußische Finanzminister David Hansemann als ein Mittel erdacht, „nutzlos liegende Summen“ Geld in die „Zirkulation“ zu werfen, um auf diese Weise die Produktion anzukurbeln. Marx hielt die Idee für skurril:

„Von dem Augenblicke an, wo der Fabrikant seine Baumwollstoffe nur noch mit Verlust verkaufen oder gar nicht verkaufen kann, hört er auf zu produzieren, hört er auf die Arbeiter zu beschäftigen, und mit dem Aufhören der Produktion [...] hört die Cirkulation auf. Wir werden die Cirkulation zwangsweise herstellen! ruft Hansemann aus. Warum läßt der Fabrikant auch sein Geld nutzlos liegen? Warum läßt er es nicht cirkuliren? Wenn schönes Wetter ist, circuliren viele Leute im Freien. Hansemann treibt die Leute in's Freie, zwingt sie, zu cirkuliren, um das schöne Wetter herzustellen.“⁵⁸

Ein bestimmtes Zirkulations- und Konsumniveau erklärt Marx zur Folge eines Produktionsniveaus („schönes Wetter“). Die Zwangsanleihe erhöht die umlaufende Geldmenge („Zirkulation“) auf eine äußerliche Weise, d.h. ohne vorangegangene Waren- und Wertproduktion. Marx verbleibt hier noch vage, ohne den Zusammenhang zwischen Preisniveau und Geldmenge genau zu entwickeln, gibt jedoch den methodischen Hinweis, die Ursache der Krise nicht in der Zirkulationssphäre zu verorten, sondern nach Gründen dafür zu suchen, warum das Geld des Fabrikanten „nutzlos liegen“ bleibt. Dass Einkommen durch Geldumlauf geschaffen wird, hält Marx für eine Illusion. Ein bloßer Übergang oder selbst ein Anstieg von Geldsummen schaffen keinen Wert, erst recht nicht, wenn sie wie die Zwangsanleihe auf staatlicher Expropriation beruhen.

Auf die erste Weltwirtschaftskrise von 1857/58 reagierte der britische Staat vornehmlich geldpolitisch und suspendierte den 1844 erlassenen *Bank Act*, eine Art Goldstandard, um der Bank of England zu gestatten, Noten unabhängig von ihren Edelmetallvorräten zu emittieren. Die erhöhte Notenausgabe beruhigte die Panik an den Londoner Finanzmärkten einigermaßen zügig, aber die vielen Bankrotte hatten die Staatseinnahmen massiv sinken lassen und dem britischen Staatshaushalt schwere Einschnitte beschert, was Marx in seinen Exzerpten zur Krise festhielt.⁵⁹ In der Folge hatte Benjamin Disraeli ein Haushaltsdefizit auszubügeln und zog dafür die Steuerschraube an: Verlängerung der Einkommenssteuer, die vordem nur wegen der Finanzierung des Kriegs mit Russland auf der Krim 1853 wiedereingeführt worden war und wieder hätte außer Kraft gesetzt werden sollen, Anhebung der Alkoholsteuer in Irland sowie – gegen die bis heute wiederholten Argumente der Londoner City – Einführung der Finanztransaktionssteuer „penny stamp“. Doch in dem Wissen, dass „increased taxes are certainly no cure for diminished incomes“,⁶⁰ besorgte

58 Ders., Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe und seine Motivierung [1848], MEGA I/7, S. 408.

59 Ders., The Book of the Commercial Crisis [1857/58], MEGA IV/14, S. 475.

60 Ders., The Commercial Crisis in Britain [1855], MEGA I/14, S. 41.

Disraeli vor allem die Abschaffung des 1786 mit dem *National Debt Reduction Act* Gesetz gewordenen Staatsschulden-Tilgungsfond „sinking fund“, der sich als Kostenfalle entpuppt hatte.

Dem *sinking fund* lag die Überlegung zugrunde, dass kein Staat jemals in Finanznöten stecken müsste, wenn er zu Urzeiten die kleinste Ersparnis angelegt hätte, und diese allmählich durch Zins und Zinseszins gewachsen wäre. Laut dem Gesetz von 1786 wurden dem *sinking fund* jedes Jahr fünf Millionen Pfund zugeteilt. Das Geld sollte aus eingesparten Zinsen stammen, die der Staat dadurch gewänne, dass er Geld zu einem bestimmten Zinssatz leiht, um es zu einem höheren Zinssatz zu verleihen. Marx begrüßte die Abschaffung des sich als haltlos erwiesenen *sinking fund*. Dieser wäre ein Paradebeispiel für den Kapitalfetisch („one of those monster delusions which obscure the mental faculties of a whole generation“), der das Kapital für ein „self-acting thing“⁶¹ mit einprogrammierter automatischer Progression hält.

Es ist kein Zufall, dass Marx in den Artikeln über die Finanzierungsschwierigkeiten der Staaten in den Nachkrisenjahren 1848 und 1858, und die in seinen Augen phantastischen und aberwitzigen Vorstellungen, dass diese mit Zwangsanleihe oder *sinking fund* zu bewältigen seien, zweimal dieselbe Anekdote aus dem *Zwiesgespräch der Hunde* von Miguel de Cervantes, der kurze Zeit selbst als Steuereintreiber beschäftigt war, zum Besten gegeben hat. 1848 schrieb er:

„In einer Novelle des Cervantes finden wir den größten spanischen Finanzmann im Irrenhaus. Der Mann hatte ausfindig gemacht, daß die spanische Staatsschuld vernichtet sei, sobald die Cortes das Gesetz genehmigen, daß alle Vasallen seiner Majestät vom vierzigsten bis in das sechzigste Jahr verpflichtet sein sollen, einen Tag im Monat bei Wasser und Brod zu fasten, und zwar an einem nach Belieben auszuwählenden und zu bestimmenden Tage. Der Aufwand aber, der sonst an Früchten, Gemüsen, Fleischspeisen, Fischen, Weinen, Eiern und Hülsenfrüchten an diesem Tage verbraucht worden wäre, soll zu Geld angeschlagen und Sr. Majestät abgeliefert werden, ohne daß ein Heller, bei Strafe des Meineides, wegfalle.“⁶²

Cervantes' ironische Empfehlung trifft das expropriative Moment des Steuereinzugs, drückt zugleich jedoch eine Abstinenztheorie der Staatsfinanzen aus, wonach diese auf magische Weise durch Verzicht der Bürger entstünden. Die preußische Zwangsanleihe funktioniert laut Marx ähnlich wie die Idee des „größten spanischen Finanzmanns“: Sie „kürzt das Verfahren ab“,⁶³ indem den Untertanen keine „Fleischspeisen“ sondern direkt Geld entwendet und sie zur Zeichnung der Anleihe gezwungen werden. Dagegen sei der *sinking fund* „rather less ingenious than the financial plan of the fool in one of Cervantes's novels“.⁶⁴ Wo die Zwangsanleihe noch den gesell-

61 Ders., Grundrisse [1857/58], MEGA II/1, S. 707.

62 Ders., Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe und seine Motivierung [1848], MEGA I/7, S. 411.

63 Ebd.

64 Marx, Mr. Disraeli's Budget [1858], MEGA I/16.

schaftlichen Geldreichtum direkt appropriiert, wird mit der „Finanzalchemie“⁶⁵ des *sinking fund* bloß eine Staatsanleihe in eine andere umgewandelt, eine Anleihe gezeichnet, um eine andere Anleihe zu zahlen. Hierbei entsteht allein fiktives Kapital: verpreiste Papiere, die Ansprüche auf Geldzahlungen verbriefen. Die Form des fiktiven Kapitals selbst leistet dem „automatischen Fetisch“ Vorschub, dass Geld sich aus sich selbst heraus vermehren könne, aber die Akkumulation von Staatsanleihen ist nicht mehr als eine Akkumulation von Schulden. Der Staat ist nicht durch eine bloße Neukreation einer Sorte von Eigentumstiteln, sondern immer noch durch Steuern und die dahinter liegende Arbeit finanziert.

Die Staaten in den Wirtschaftskrisen des 19. Jahrhunderts hatten also eine doppelte Aufgabe zu bewältigen: Unterstützung der schwächelnden Wirtschaft und Ausgleich ihres eigenen Einnahmedefizits.⁶⁶ Dazu haben sie weniger auf Steuererhöhungen, sondern eher auf die zweite Hauptform ihrer Finanzierung, die Staatsverschuldung, zurückgegriffen.

V. Der Steuerstaat in der Krise II

„Kein Zweifel, der Steuerstaat *kann* zusammenbrechen.“⁶⁷

Unabhängig von seiner Analyse der Wirtschaftskrisen seiner Zeit hat Marx eine langfristige Entwicklungstendenz des Kapitals beschrieben. Diese bereits in der Wertform als „Doppelcharakter der in Waren dargestellten Arbeit“ angelegte historische Dynamik wird durch einen zentralen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufen. Um in der Konkurrenz bestehen zu können, ist das individuelle Kapital auf das höchste Produktivitätsniveau angewiesen, führt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beständig neue Maschinen und Technologien ein und operiert damit von einem immer größeren Maschinisierungsgrad aus, weshalb aber zur Herstellung einer Ware immer weniger Arbeitszeit benötigt wird und das Kapital damit Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess verdrängt, obwohl es sich

65 *Ders.*, The New Financial Juggle; or Gladstone and the Pennies [1853], MEGA I/12, S. 114.

66 Als Marx in seinen Exzerpten zur Wirtschaftskrise von 1857/58 untersuchte, wie der französische Staat unter Napoléon III auf die Krise reagierte, zählte er diverse „*Maßregeln des Bonaparte*“: etwa das Verbot des Einschmelzens von Silbermünzen und des Exports von Gold und Silber, was die metallische Basis des Geldsystems garantieren sollte; die Unterstützung des Finanzmarkts durch Staatskredite; sowie die Aufhebung des Export- und Destillierverbots für Weizen (um Weizenüberschüsse exportieren zu können und weniger Alkohol importieren zu müssen), was die Krise auf die Nachbarländer abwälzen sollte (siehe *Marx*, 1857 France, MEGA IV/14, S. 34f.). Die „governmental measures“ (Marx) des „Nachtwächterstaats“ beschränkten sich in Prosperitätszeiten selbst in ihrer bonapartistischen Variante auf Währung, Budget, Zoll- und Steuerwesen sowie die Regulierung des Außenhandels, aber in den Krisen kam bereits der „Interventionsstaat“ des 20. Jahrhunderts mit seinen Eingriffen in die unmittelbare Produktionssphäre keimförmig zum Vorschein.

67 *Schumpeter*, Krise des Steuerstaats, S. 352 – Hervorh. im Orig.

doch nur durch die Anwendung von Arbeitskraft, der Quelle des Werts und Mehrwerts, erhalten kann. Es ist diese historische Dynamik, die nach Marx den konstanten Teil (Maschinerie, Produktionsmittel) des Kapitals im Verhältnis zu seinem variablen (Arbeitskraft) erhöht, daher zu einem Fall der Profitrate⁶⁸ und letztlich zu einer Krise des Kapitalverhältnisses selbst führt. Die historische Tendenz des Kapitals ist die zur Überakkumulation, einem Zustand, in dem eine erneute oder erweiterte Investition nicht zu einer größeren Masse Mehrwert führt und daher ausbleibt, das Geld somit brachliegt und „nutzlos liegen bleibt“. Die hier im Anschluss an Marx zu behandelnde Frage lautet: Wie wirkt sich diese historische Dynamik des Kapitals auf den Steuerstaat aus?

Zunächst ist mit Marx festzuhalten, dass, weil eine Kapitalsteuer ein Abzug vom Profit ist, auch „das Fallen der Rate des Profits aufgehalten werden kann durch Wegfallen von existierenden Abzügen am Profit, z.B. Fall in den Steuern“.⁶⁹ Da also die Verminderung der Steuerbürde eine zwar außerökonomische, aber nichtsdestoweniger gegenläufige Tendenz zum Fall der Profitrate ist, bildet das Kapital zahlreiche Kunstgriffe aus, um so wenig Steuern wie möglich abzuführen: das Verschweigen von Einkünften (*tax evasion*), die Steuerumgehung (wovon ganze Dienstleistungszweige, sogar ganze Länder als sogenannte „Steuerparadiese“ leben), oder auch die einfache Steuerverweigerung.⁷⁰ Eine falsche Besteuerung kann den Fall der Profitrate beschleunigen und die „Krisen verschärfen“, wie Marx und Engels gegenüber Girardin bemerkt hatten,⁷¹ eine „richtige“, d.h. vor allem geringere, ihn vorübergehend bremsen. Aber selbst Lohn- und Konsumsteuern wirken auf die Profitrate zurück, wenn sie (wie in Anmerkung 38 beschrieben) den Wert der Ware Arbeitskraft heben oder in die Produktionskosten bestimmter Waren eingehen:

„Taxes on consumers sind zugleich taxes on producers, soweit das object der tax nicht nur in die individuelle Consumption, sondern auch in die industrielle Consumption eingeht oder nur in die letztere eingeht. [...] Jede solche Taxe vermindert die Profitrate; weil sie den Werth des constanten Capitals im Verhältniß zum variablen erhöht. Z.B. eine Taxe, die auf Flachs gelegt wäre oder auf Wolle. Der Flachs steigt im Preiß. Der Flachsspinner kann also mit einem Capital von 100 nicht mehr dieselbe Quantität in Flachs auslegen. Da die Productionsweise dieselbe geblieben, so braucht er dieselbe Quantität Arbeiter, um dasselbe Quantum Flachs zu spinnen. Aber der Flachs hat mehr Werth verhältnißmäßig als früher zu dem in Arbeitslohn ausgelegten Capital. Also fällt die Profitrate.“⁷²

68 Zum empirischen Fall der Profitrate im verarbeitenden Gewerbe der USA seit Ende der 1960er Jahre, siehe z.B. *Roberts*, *The Long Depression*, sowie *Kliman*, *The Failure of Capitalist Production*.

69 *Marx*, *Grundrisse* [1857/58], MEGA II/1, S. 624.

70 Auch mithilfe dieser Methoden hat sich der effektive Steuersatz von Unternehmen in den USA (derzeit rund 25%) zwischen 1951 und 2011 halbiert. In der Krise von 2008/9 befand er sich mit ca. 20% auf dem historisch niedrigsten Stand. Die Unternehmen wurden weniger und weniger besteuert, um ihre Profitabilität zu wahren. Siehe *Roberts*, *Opening the Panama Canal*.

71 *Marx/Engels*, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 290.

72 *Marx*, *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (Manuskript 1861-1863), MEGA II/3, S. 1010.

Was bedeutet das für den Staat? Je mehr das Kapital Steuern vermeidet, umgeht und je weniger es zahlen kann, weil die besteuerbare Gesamtwertmasse und/oder die Profitrate fällt, desto mehr sieht sich der Staat zu einer erhöhten Tätigkeit veranlasst. Zum einen steigen die Staatsausgaben in dem Maße, wie die gesellschaftliche Reproduktion immer weniger durch das Einzelkapital (oder zunehmend verschwindende alternative Produktionsweisen) möglich ist und daher nun durch den Staat vermittelt wird.⁷³ Neben diesen Kosten für Versorgung, Repression oder Ausschluss der für die Mehrwertproduktion überflüssigen Bevölkerung,⁷⁴ steht der Staat im geschichtlichen Verlauf der kapitalistischen Produktionsweise wegen des tendenziellen Falls der Profitrate mehr und mehr unter Druck, die allgemeinen Produktionsbedingungen für das Kapital zu verbessern.⁷⁵ Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es einer soliden Staatsfinanzierung durch Steuerabschöpfung. Doch das bereits in den eruptiven Krisen des 19. Jahrhunderts aufgetretene Problem wiederholt sich in der langfristigen Tendenz: Die Steuerabschöpfung vermindert früher oder später die Profitrate. Hierin liegt der zentrale Widerspruch des staatlichen Krisenmanagements: Erhöhte Steuern verringern den Profit, doch jede Schwächung des Staats und seiner Finanzen verschärft die Krise des Kapitals und gefährdet die gesellschaftliche Reproduktion. Deshalb erscheint die Staatsverschuldung als alternativer Finanzierungsform als ein attraktiver Ausweg aus dieser Zwickmühle.

-
- 73 So wandert in den Staaten des kapitalistischen Zentrums seit Jahrzehnten konstant rund die Hälfte der öffentlichen Budgets in die Sozialsysteme. Siehe *Piketty*, Das Kapital im 21. Jahrhundert, S. 639: „In der Entwicklung des Steuerstaats im vergangenen Jahrhundert spricht sich im Wesentlichen der Aufbau des Sozialstaats aus.“ – Weil die Wertbestimmung der Arbeitskraft (im Gegensatz zu anderen Waren) „ein historisches und moralisches Element [enthält]“ (*Marx*, Das Kapital, Bd. 1 [1867], MEGA II/5, S. 124), hängt der Wert der Ware Arbeitskraft zum Teil auch von politischen Kräfteverhältnissen und damit von der Höhe und Form der Besteuerung ab (siehe Anmerkung 38). Da Sozialabgaben für das Kapital wie Lohnsteuern wirken und das Sozialwesen aus der Wertproduktion finanziert wird, sieht Immanuel *Wallerstein* (Absturz oder Sinkflug des Adlers? S. 61-63) im Wohlfahrtsstaat und der Nichtbereitschaft, diesen zu opfern, eine von drei Ursachen („political squeeze“) für die gegenwärtige „strukturelle Krise“ des Kapitals.
- 74 Die im Verhältnis zu den Erfordernissen der Kapitalakkumulation überflüssige Bevölkerung, deren Arbeitskraft wegen der fortschreitenden Maschinisierung nicht auf dem Markt nachgefragt wird, muss im Verlauf der historischen Dynamik des Kapitals ansteigen und sich konsolidieren, solange die Entstehung eines neuen Produktionssektors ausbleibt, der massiv Arbeitskraft einsaugen könnte. Siehe dazu *Endnotes*, Misery and Debt. Auch wenn das Kapital von der Existenz einer „industriellen Reservearmee“ auf Umwegen profitieren kann, etwa weil sie als Druckmittel auf die Löhne der Beschäftigten wirkt, sind es für jede kapitalistische Gesellschaft schmerzhafteste Kosten, diejenigen, deren Arbeitskraft für den Verwertungsprozess nicht benötigt wird, abgabenfinanziert zu alimentieren.
- 75 Dies wurde bereits vor 30 Jahren konstatiert von *Ostendorf*, Dilemma Staatsverschuldung, S. 80. Ostendorfs Untersuchung markiert den Endpunkt des in den 1960er Jahren einsetzenden, an Marx orientierten Versuchs, die gewachsene Bedeutung des Staats für die Produktionssphäre analytisch zu durchdringen und die Ursachen für den Erfolg sowie die Grenzen des keynesianischen Interventionsstaats zu bestimmen. Von den im vorliegenden Artikel angeführten Arbeiten zählen dazu außerdem die von *Agnoli*, *Cogoy*, *Deutschmann*, *Läpple* und *Mattick*.

Die Staatsverschuldung in Form von Staatsanleihen hat gegenüber der Steuererschöpfung den fragwürdigen Vorteil, dass sie die Expropriation durch den Staat vorübergehend verdeckt und darüber hinaus sogar als eine Akkumulation von Kapital *erscheint*. Sie bildet aber bloß illusorisches, fiktives Kapital, das nicht auf im Produktionsprozess vernutzter Arbeitskraft beruht, sondern eine Anhäufung von (verpreisten, handelbaren und deshalb als Kapital erscheinenden) Eigentumstiteln mit dem Anrecht darstellt, einen (wieder über Steuern eingetriebenen) Geldbetrag vom Staat zu erhalten. Hier findet eine „Accumulation von Schulden“⁷⁶ statt. Ein Pyrrhussieg, denn die Akkumulation von fiktivem Vermögen mag die Krise des wertproduktiven Kapitals nicht bis in alle Ewigkeit zu überspielen.⁷⁷ Die Staatsschuld verlangt Zinsen und Rückzahlung an die Eigentümer des geliehenen Kapitals, was entweder steuer- oder abermals kreditfinanziert erfolgen muss.⁷⁸

Mit Marx ist anzunehmen, dass eine dauerhaft fallende Profitrate eine erhöhte Staatstätigkeit zur Folge hat. Die Tendenz absolut wachsender Staatsausgaben, Staatsschulden und Steuern hat Marx im Gegensatz zu seinem Zeitgenossen Adolph Wagner zwar nicht zu einem „Gesetz“ ausgearbeitet, aber doch mehrmals auf die Expansion des Steuerstaats in seinen Artikeln zum britischen Haushalt hingewiesen.⁷⁹ Dass wachsende Steuern eine Last für die lohnabhängige Bevölkerung seien,⁸⁰ wusste der junge Marx mit dem geschichtsphilosophischen Optimismus zu kompensieren, wonach „[d]as Gute am Wachstum der Steuern in bürgerlich entwickelten Ländern [ist], daß der kleine Bauern- und Eigentümerstand (Handwerker usw.) dadurch ruiniert und in die Arbeiterklasse geworfen wird.“⁸¹ Die wachsende Staatstätigkeit hat Marx verschieden begründet: in seinen früheren Schriften mit steigenden Repressionskosten,⁸² in der französischen Ausgabe des *Kapital* (1872-75) im Zusammenhang mit dem System der Staatsverschuldung.

„Da die Staatsschuld ihren Rückhalt in den Staatseinkünften hat, die die jährlichen Zins-u.s.w. Zahlungen decken müssen, so wurde das moderne Steuersystem notwendige Ergänzung des Systems der Nationalanleihen. Die Anleihen befähigen die Regierung, au-

76 Marx, Das Kapital, Bd. 3 (Manuskript 1863-1865), MEGA II/4.2, S. 530.

77 Das Verhältnis der Akkumulation von nutzlos liegen gebliebenem und daher verleihbarem Kapital (*monied capital*) zur Akkumulation von produktivem Kapital ist eines der Hauptthemen von Marx' Kredit- und Zinstheorie im dritten Band des *Kapital*. Siehe dazu Miyata, Karl Marx's Credit Theory.

78 Wie weit eine Kreditfinanzierung des Staats getrieben werden könnte, kann hier nicht eruiert werden. Dazu Marx: „Womit will der preußische Staat nicht 5, sondern nur $3\frac{1}{3}$ Prozent zahlen? Mit neuen Steuern. Und wenn die gewöhnlichen Steuern nicht ausreichen, wie vorherzusehen ist, mit einer neuen Zwangsanleihe. Und womit die Zwangsanleihe Nr. II? Mit einer Zwangsanleihe Nr. III. Und womit die Zwangsanleihe Nr. III? Mit dem Bankerott“ (Marx, Die „Kölnische Zeitung“ über die Zwangsanleihe [1848], MEW 5, S. 303).

79 Ders., The New Financial Juggle; or Gladstone and the Pennies [1853], MEGA I/12, S. 110f.

80 Ders., Vortrag über Lohnarbeit und Kapital in der Versammlung des Ersten Wiener Arbeitervereins am 2. September 1848, MEGA I/7, S. 776.

81 Ders., Arbeitslohn [1847], MEW 6, S. 538.

82 Marx/Engels, Rezension zu „Le socialisme et l'impôt“ [1850], MEGA I/10, S. 297.

ßerordentliche Ausgaben zu bestreiten, ohne daß der Steuerzahler es sofort fühlt, aber sie erfordern doch für die Folge erhöhte Steuern. Andererseits zwingt die durch Anhäufung nach einander kontrahierter Schulden verursachte Steuererhöhung die Regierung, bei neuen außerordentlichen Ausgaben stets neue Anleihen aufzunehmen. Die moderne Fiskalität, deren Drehungsaxe die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel (also deren Vertheuerung) bilden, trägt daher in sich selbst den Keim automatischer Progression. Die Ueberbesteuerung ist nicht ein Zwischenfall, sondern vielmehr Princip.“⁸³

Der „Keim automatischer Progression“ ist also abstrakt in der Form des Steuerstaats angelegt. Wie dieser Keim aufgeht, hat Marx nicht explizit entwickelt, lässt sich aber, wie eben getan, mit der historischen Dynamik des Kapitals, dem Fall der Profitrate, begründen: Dieser führt zu absolut und – gravierender – relativ zur Wertmasse wachsenden Staatsausgaben, die wiederum den Profitratenfall beschleunigen. Ausgabenkürzungen und Sparmaßnahmen („Austerität“), solange sie nicht zu einer Verschlechterung der Verwertungsbedingungen führen, könnten dem eine Zeitlang entgegenwirken, sind der Möglichkeit nach aber endlich. Die Tendenz der steigenden Staatsausgaben (und damit auch der Steuern und Staatsschulden) in Relation zur Profitabilität des Kapitals bringt den Steuerstaat an den Rand des Kollaps. Die wachsenden Ausgaben fungieren wie totes Gewicht und sind kein Ausdruck der Stärke des Staates, sondern seiner zunehmenden Impotenz.⁸⁴

Doch scheidet wirklich der ganze vom Staat abgeschöpfte Mehrwert aus dem Produktionsprozess aus? So meint es etwa die neoliberale Ideologie, die Steuerabgaben als eine reine Vergeudung des Mehrwerts betrachtet, da sie viel produktiver vom Einzelkapital hätten verwendet werden können. Dagegen hatte Marx den Einwand William Pettys vernommen, dass „das Geld durch die Steuer von einem genommen, der es verißt oder vertrinkt“, also bloß konsumiert, und „einem gegeben, der es in Verbesserung des Landes, in Fischen, in working of Mines, in Manufactures“, verwendet, also produktiv anlegt werden kann.⁸⁵ Es stellt sich die Frage nach der Wirkung der staatlichen Ausgaben auf Akkumulation und Profitrate.

Gibt es staatliche Ausgaben, die sich positiv auf die Profitrate auswirken können? Das trifft sicherlich nicht für die Ausgaben für Justiz, Militär und Polizei zu, die zwar wichtige Voraussetzungen, doch zugleich harte *faux frais* der warenproduzierenden Gesellschaft sind. Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Konsum, die die

83 Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEGA II/10, S. 678f. – Zu Marx' Verständnis von Staatsverschuldung siehe *Stützle*, Staatsverschuldung als Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie.

84 Hierin läge ein Ansatz für eine Kritik der John Maynard Keynes zugeschriebenen Idee, durch Staatsausgaben das Wirtschaftsleben anzukurbeln und mit steuer- und schuldenfinanzierten Mitteln nicht nur eine akute Wirtschaftskrise zu beseitigen, sondern sogar einen andauernden, kontinuierlichen Wachstumsprozess einzuleiten. In der Gedankenwelt des Keynesianismus hat der Doppelcharakter der Steuern eine höhere Stufe erreicht: Als Negation des Kapitals sind sie anders als im Liberalismus nicht mehr nur ein notwendiges Übel, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu garantieren, sondern sogar ein Mittel, sie zu verbessern.

85 Marx, Exzerpte aus Petty [1845], MEGA IV/4, S. 18.

allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft herstellen, sind schwieriger einzuordnen: Zwar werden mit diesen Summen Waren gekauft und bezahlt, was zu einer Verstetigung des gesellschaftlichen Konsums beiträgt, der dadurch in einer Krise auf dem gleichen Niveau bleiben könnte. Doch wäre dies ein schwacher Trost für das Kapital, wenn diesem Konsum keine mehrwertproduktive Verausgabung von Arbeitskraft vorausgegangen ist. Der staatliche Konsum gleicht eher einer indirekten Enteignung der von ihm „induzierten“ Produktionszweige um eine bestimmte Warenmasse, die die erhaltenen Staatsmittel wieder in der Form der Steuer an den Staat abtreten. Letztlich zirkuliert hier Geld und diese „Geldzirkulation versteckt nur eine Expropriation von Waren.“⁸⁶ Tendenziell können durch staatliche Umverteilung also die unterkonsumtorischen Aspekte einer Krise bereinigt, aber nicht ihre überakkumulatorischen Ursachen (nicht vorhandene Profitaussichten) beseitigt werden.⁸⁷

Ein dritter Posten von Staatsausgaben ist derjenige zur Erstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen. Diese erhöhen zunächst in den meisten Fällen die Profitrate, beispielsweise dann, wenn sie gewisse Rationalisierungseffekte (wie sie Marx dem Kaufmannskapital zugeschrieben hat) im Bereich Transport, Infrastruktur und Kommunikation zeitigen, also die Umlaufzeit verkürzen, den Kapitalumschlag beschleunigen, die Märkte ausdehnen, und das in der Zirkulationssphäre gefesselte Geldkapital verringern und für die Produktion freisetzen,⁸⁸ und auf diese Weise etwa einem nationalen Kapital einen Konkurrenzvorteil verschaffen. In diesem Fall würde der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Engels) mit steuerfinanzierten Mitteln Aufgaben des Kapitals besser wahrnehmen als ein Einzelkapital dies könnte. Jeder Wettbewerbsvorteil eines nationalen Einzelkapitals verschwände jedoch sofort, wenn die gleichen Rationalisierungsmaßnahmen in einem anderen Land durchgeführt würden.

Der Steuereingriff ist damit in den allermeisten Fällen eine Verwertungsschranke, da die dem Kapital entzogene Geldsumme die zur Verwertung bereitstehenden Mittel um diese Summe herabsetzt. Nur wenn Steuern zum Ausbau der allgemeinen Produktionsbedingungen eingesetzt werden, könnte damit gleichzeitig die Produktivkraft der Arbeit, und somit der relative Mehrwert, erhöht werden – und neben der Entwertung von Kapital ist die Erhöhung des Mehrwerts (z.B. durch Lohnsenkungen, die Verlängerung des Arbeitstages, -jahres, -lebens oder eben durch Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft) das einzige Mittel effektiver Krisenlösung. Steuer- und kreditfinanzierte Staatsausgaben sind also nicht immer unmittelbar Kosten der Wertproduktion, aber langfristig in den allermeisten Fällen schon. Daraus folgt die paradoxe Einsicht, dass je mehr die Besteuerung im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus wächst, desto größer die Ohnmacht des Staates wird. Durch die embryo-

86 *Cogoy*, Werttheorie und Staatsausgaben, S. 169.

87 Siehe dazu ebd., S. 165-169; *Mattick*, Marx und Keynes, S. 129 und Kapitel 14; *Deutschmann*, Der linke Keynesianismus, S. 179 und 186ff.

88 *Ostendorf*, Dilemma Staatsverschuldung, S. 116.

nische Verbindung von Wert und besteuern dem Staat wird jede Krise des Kapitalverhältnisses unvermeidlich auf die Staatsebene übertragen. Der Niedergang des Kapitals, so ein Fazit dieser knappen weiterführenden Betrachtung, umfasste auch Bankrott und Erosion des bürgerlichen Steuerstaats.

VI. Fazit

Der Scheingegensatz von „Staat“ und „Markt“ lässt sich mit Marx als konstitutive Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft begreifen, die gerade deshalb einer öffentlichen, allgemeinen Zwangsgewalt bedarf, weil ihre Produktionsverhältnisse auf der Verausgabung privater Arbeit gründen. Beide Sphären sind wesentlich über die Schnittstelle der Steuer vermittelt. Marx hat in seiner Kritik der politischen Ökonomie zum einen gezeigt, dass die Steuer eine aus der Wertform abgeleitete Revenueform ist, aus der Anwendung von Arbeitskraft stammt und für das Kapital ein Abzug vom Mehrwert ist. Zum anderen hat Marx den bürgerlichen Steuerstaat nicht zu einer ewigen Naturnotwendigkeit erklärt, sondern seine historische Bedeutung bei der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise als Geldwirtschaft umrissen, die Bedingungen seiner Existenz, Garant des äquivalenten Warentauschs zu sein, angedeutet, sowie seine Formbestimmung hervorgehoben (Abschnitt III).

Neben den Formbestimmungen von Steuer und Staat hat Marx vor allem in seinen Artikeln zu den britischen „Budgets“ das wirkliche Funktionieren der Klassenstaaten seiner Zeit untersucht und dabei konkrete Besteuerungsregime und Fiskalprinzipien mit historischen Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise in Zusammenhang gebracht (Abschnitt II). Steuerreform und Steuerverweigerung erwiesen sich für ihn vor allem als Instrumente des bürgerlichen Klassenkampfes von unten wie von oben. Wie es seine Werttheorie nahelegt, haben Steuern als Verteilungsinstrumente keine entscheidende Wirkung auf die grundlegenden Verhältnisse kapitalistischer Gesellschaften (Warenproduktion, Ausbeutung des Mehrwerts etc.), weshalb sich Marx immer wieder gegen steuerreformerische Sozialisten gewendet hat. Dass Marx’ im Rahmen seiner politischen Vorhaben eigene Besteuerungsvorschläge unterbreitet hat, scheint dem zu widersprechen. Seine beiden steuerpolitischen Ideen – Steuerstreik und Progressivsteuer – entpuppten sich bei näherer Betrachtung jedoch als Mittel zur Entfaltung bzw. Aufrechterhaltung einer „revolutionären“ Dynamik. Zudem hat sich Marx mit der Entwicklung seiner ökonomiekritischen Werttheorie immer seltener positiv auf die Steuer als Reforminstrument bezogen und das Steuersystem des liberalen Staats nicht mehr zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Bewegung erklärt, sondern stattdessen seine Kritik der „modernen Fiskalität“ noch in der französischen Ausgabe des *Kapital* (1872-75), der letzten von ihm selbst vorbereiteten Ausgabe, vertieft. Die im *Manifest* getroffene

Aussage, die Progressivsteuer sei ein unvermeidliches Mittel des proletarischen Klassenkampfes, hat Marx trotz mehrfacher Gelegenheit nicht wiederholt.

In seinen Schriften zu den Wirtschaftskrisen 1847 und 1857 hat Marx gezielt untersucht, wie die Staaten zum einen die Krisen selbst und zum anderen ihre eigenen Finanzierungsschwierigkeiten zu bewältigen suchten (Abschnitt IV). Dies warf die Frage auf, wie in der Wertform angelegte Widersprüche die Staatsform affizieren (Abschnitt V). In der Folge eines kontinuierlichen Profitratenfalls wäre zu erwarten, dass die Staatstätigkeit steigt und sich der Staat verstärkt um die Produktionssphäre und die gesellschaftliche Reproduktion kümmert. Zugleich zahlt das Kapital aber weniger Steuern, so dass die Staaten sich mehr und mehr durch Verschuldung finanzieren. Dies impliziert eine Kritik an Auffassungen, die mit steuerfinanzierten Maßnahmen des Staats die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise aus der Welt befördern wollen. Für Marx ist der Staat auf keinen Fall ein omnipotentes, souveränes Subjekt, das bewusst ökonomische Prozesse „regulieren“ und einen krisenfreien Kapitalismus gewähren könnte. Das Agieren des Staats findet seine Grenze in den Formbestimmungen Wert und Geld. Auch die Voraussetzung für eine Staatsintervention in der Krise ist, dass der Staat über einen Teil der Wertmasse verfügt; greift er auf diese aber qua Besteuerung zu, wird dadurch in den allermeisten Fällen die Profitrate nur weiter verringert.

Wie Marx seine Vorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaft nirgends mit der Form „Staat“ in Verbindung gebracht hat, galt ihm auch niemals die Steuer als Bestandteil einer neuen Reichtumsproduktion jenseits der versachlichten Herrschaft des Kapitals. Seine Parteinahme für eine Reichtumsform, deren Gesellschaftlichkeit sich durch die „Vor- und Einsicht“ (Marx) der assoziierten Produzenten herstellen würde, ließe sich auch als Warnung verstehen: Wenn die Krise des Kapitalverhältnisses die Erosion des bürgerlichen Staats mit sich bringt und dessen Gewaltmonopol zu zerfallen und diffundieren droht, wäre die positive Aufhebung des Kapitalverhältnisses umso dringlicher. Nur diese positive Aufhebung der Symbiose von Wert- und Staatsform könnte eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung und einen Schritt in Richtung wirklicher Freiheit bewirken.

Literatur

Siglen

MEGA = Karl Marx u. Friedrich Engels: Gesamtausgabe. Berlin 1975ff.

MEW = Karl Marx u. Friedrich Engels: Werke. Berlin 1956ff.

Agnoli, Johannes, 1995: Der Staat des Kapitals. In: ders.: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg, S. 21-89.

Bray, John Francis, 1839: Labour's Wrongs and Labour's Remedy. Leeds u.a.

- Cogoy, Mario*, 1973: Werttheorie und Staatsausgaben. In: Claudia von Braunmühl u.a.: Probleme einer materialistischen Staatstheorie. Frankfurt/M., S. 129-198.
- Deutschmann, Christoph*, 1973: Der linke Keynesianismus. Frankfurt/M.
- Gerstenberger, Heide*, 1990: Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt. Münster.
- Graßmann, Timm*, 2015: Marx in Manchester. Karl Marx und die britische Linke in den Manchester-Heften. In: Marx-Engels-Jahrbuch 2014, S. 32-81.
- Endnotes: Misery and Debt. On the Logic and History of Surplus Populations and Surplus Capital. In: Endnotes, Nr. 2, 2010. In: <https://endnotes.org.uk/issues/2/en/endnotes-misery-and-debt> [Zugriff 5. April 2017].
- Engels, Friedrich*, 1845: Zwei Reden in Elbersfeld. In: MEW 2, S. 536-557.
- Ders.*, 1847: Grundsätze des Kommunismus. In: MEW 4, S. 361-380.
- Kliman, Andrew*, 2012: The Failure of Capitalist Production: Underlying Causes of the Great Recession. London.
- Krätke, Michael*, 1984: Kritik der Staatsfinanzen. Zur politischen Ökonomie des Steuerstaats. Hamburg.
- Ders.* 2009: Kritik der öffentlichen Finanzen. Die Finanzkrise des Staates, erneut betrachtet. In: Prokla 154, S. 119-139.
- Läpple, Dieter*, 1973: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlage zur Kritik der Infrastrukturtheorien. Berlin.
- Le Goff, Jacques*, 2011: Geld im Mittelalter. Stuttgart.
- Mann, Fritz Karl*, 1937: Steuerpolitische Ideale. Jena.
- Marx, Karl*, 1843/44: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: MEGA I/2, S. 170-183.
- Ders.* 1845: Exzerpte aus William Petty: Several Essays in Political Arithmetick. In: MEGA IV/4, S. 8-22.
- Ders.*, 1845: Exzerpte aus John Francis Bray: Labour's Wrongs and Labour's Remedy. In: MEGA IV/5, S. 5-59.
- Ders.*, 1847: Das Elend der Philosophie. In: MEW 4, S. 63-182.
- Ders.*, 1847: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: MEW 4, S. 331-360.
- Ders.*, 1847: Arbeitslohn. In: MEW 6, S. 535-556.
- Ders.*, 1848: Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe und seine Motivierung. In: MEGA I/7, S. 407-415.
- Ders.*, 1848: Vortrag über Lohnarbeit und Kapital in der Versammlung des Ersten Wiener Arbeitervereins. In: MEGA I/7, S. 776.
- Ders.*, 1848: Die „Kölnische Zeitung“ über die Zwangsanleihe. In: MEW 5, S. 303f.
- Ders.*, 1848: Keine Steuern mehr!!! In: MEW 6, S. 30.
- Ders.*, 1849: Montesquieu LVI. In: MEW 6, S. 182-196.
- Ders.*, 1849: Der Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten. In: MEW 6, S. 240-257.
- Ders.*, 1850: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: MEGA I/10, S. 119-196.

- Ders.*, 1852: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEGA I/11, S. 96-189.
- Ders.*, 1852: Parliament—Vote of November 26—Disraeli's Budget. In: MEGA I/11, S. 443-448.
- Ders.*, 1853: The New Financial Juggle; or Gladstone and the Pennies. In: MEGA I/12, S. 110-114.
- Ders.*, 1853: Riot at Constantinople—German Table Moving—The Budget. In: MEGA I/12, S. 120-126.
- Ders.*, 1853: The Turkish War Question—„The New-York Tribune“ in the House of Commons—The Government of India. In: MEGA I/12, S. 210-219.
- Ders.*, 1853: The Reaction in Spain. In: MEGA I/13, S. 476-481.
- Ders.*, 1855: The Commercial Crisis in Britain. In: MEGA I/14, S. 37-41.
- Ders.*, 1857: Das neue englische Budget. In: MEW 12, S. 129-136.
- Ders.*, 1857/58: 1857 France. In: MEGA IV/14, S. 3-76.
- Ders.*, 1857/58: The Book of the Commercial Crisis. In: MEGA IV/14, S. 295-501.
- Ders.*, 1857/58: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEGA II/1.
- Ders.*, 1858: Das Ministerium Derby – Der trügerische Rücktritt Palmerstons. In: MEW 12, S. 403-406.
- Ders.*, 1858: Mr. Disraeli's Budget. In: MEGA I/16.
- Ders.*, 1858: Die Steuern in Indien. In: MEW 12, S. 512-517.
- Ders.*, 1861-1863: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript). In: MEGA II/3.
- Ders.*, 1863-1865: Das Kapital. Band 3 (Manuskript). In: MEGA II/4.2; Engels' Edition in: MEW 25.
- Ders.*, 1865: Brief an Engels, 19. August 1865. In: MEGA III/13, S. 529-531.
- Ders.*, 1866: Brief an Engels, 20. Februar 1866. In: MEGA digital, <http://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=B00046> [Zugriff 10. Juli 2017].
- Ders.*, 1867: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1 (1. Aufl. [1867] in: MEGA II/5; 2. Aufl. [1872] in: MEGA II/6).
- Ders.*, 1867: Instructions for the Delegates of the Provisional General Council. The Different Questions. In: MEGA I/20, S. 225-235.
- Ders.*, 1868-1870: Das Kapital. Band 2 (Manuskript). In: MEGA II/11.
- Ders.*, 1875: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEGA I/25, S. 3-25.
- Marx*, Karl u.a., 1848: Forderungen der kommunistischen Parthei in Deutschland. In: MEGA I/7, S. 25f.
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich, 1848: [Brief des Brüsseler kommunistischen Korrespondenz-Komitees an G. A. Köttgen]. In: MEW 4, S. 20-22.
- Dies.*, 1847/48: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW 4, S. 459-493.
- Dies.*, 1850: Rezension zu „Le socialisme et l'impôt. Par Emile de Girardin“. In: MEGA I/10, S. 290-300.
- Mattick*, Paul, 1974: Marx und Keynes. Die Grenzen des „gemischten Wirtschaftssystems“. Frankfurt/M.

- Minute of the General Council of the International Working Men's Association, July 20, 1869. In: MEGA I/21, S. 676-679.
- Miyata, Korefumi, 2016: Karl Marx's Credit Theory. The Relation Between the Accumulation of Monied Capital and the Accumulation of Real Capital. In: Marx-Engels-Jahrbuch 2015/16, S. 10-27.
- Ostendorf, Helga, 1987: Dilemma Staatsverschuldung. Austerität-Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1975 bis 1981. Berlin.
- Piketty, Thomas, 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München.
- Proudhon, Pierre-Joseph, 1847: Philosophie der Staatsökonomie, oder Notwendigkeit des Elends. Band 1. Übers. von Karl Grün. Darmstadt.
- Reinhard, Wolfgang, 2000: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2. Aufl. München.
- Ricardo, David, 1817: On the Principles of Political Economy, and Taxation. London.
- Roberts, Michael, 2016: Opening the Panama Canal. In: <https://thenextrecession.wordpress.com/2016/04/12/opening-the-panama-canal/> [Zugriff 5. April 2017].
- Ders., 2016: The Long Depression. Chicago.
- Schumpeter, Joseph A., 1976: Die Krise des Steuerstaats [1918]. In: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Rudolf Goldscheid – Joseph Alois Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Frankfurt/M., S. 329-379.
- Stütze, Ingo, 2008: Staatsverschuldung als Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie. Eine Forschungsnotiz. In: Lindner, Urs et al. (Hrsg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag. Münster, S. 239-262.
- Ders., 2017: Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.
- Sumida, Soichiro, 2016: The Breadth and Depth of the „Asiatic Form“ in *Pre-Capitalist Economic Formations*. In: Marx-Engels-Jahrbuch 2015/16, S. 103-114.
- Wallerstein, Immanuel, 2004: Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht. Hamburg.
- Wood, Ellen Meiksins, 2010: Die Trennung von Ökonomie und Politik im Kapitalismus. In: dies.: Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln, S. 29-56.

